

## Ergebnisse der Einbindung junger Menschen in Thüringen zum Gesetz zur Änderung von Vorschriften aus dem Bereich des Dienstrechts (Stand des Entwurfs: 25.07.2023)

Der Jugend-Check Thüringen ist ein Instrument der Gesetzesfolgenabschätzung. Bei Gesetzentwürfen mit besonderer Relevanz für junge Menschen in Thüringen können diese ihre Einschätzungen zum Gesetzentwurf einbringen.

### Von jungen Menschen erwartete Folgen

#### Erleichterung durch Entbürokratisierung

Viele Teilnehmende haben geäußert, dass der vom Gesetzentwurf vorgesehene Wegfall des Anerkennungsverfahrens für bestimmte Bildungs- und Studiengänge zu Erleichterungen und einer höheren Sicherheit für junge Menschen führen könnte, die entsprechende Bildungs- und Studiengänge belegen oder belegen wollen und eine Beamtenlaufbahn anstreben.

- Für junge Menschen sei dies insbesondere gut, weil es dadurch einfacher werden würde und schneller möglich wäre, in eine Beamtenlaufbahn zu kommen. Zudem wäre es sicherer, nach dem Studium in die Beamtenlaufbahn zu kommen und man müsse sich weniger Sorgen darum machen, dass eine Anerkennung am Ende tatsächlich erfolgt. Ein erleichterter Einstieg könnte den Teilnehmenden zur Folge auch dazu führen, dass mehr junge Menschen Beamtin oder Beamter werden wollen.
- Zudem sahen einige Teilnehmende in der Vereinfachung einen Vorteil für die finanzielle Situation und Sicherheit der betroffenen jungen Menschen. So könnten jungen Menschen bei einem Wegfall des Anerkennungsverfahrens einfacher und schneller von der Phase des unbezahlten Studiums, in das Beamtinnen- und Beamtenverhältnis auf Probe wechseln, in dem sie dann auch Geld verdienen würden.

„Spart Zeit, Geld und Nerven.“

#### Höhere Attraktivität des Studienstandorts Thüringen

- Einige Teilnehmende äußerten, dass der Wegfall des Anerkennungsverfahrens und die daraus resultierende Vereinfachung für junge Menschen, es attraktiver machen könnte in Thüringen zu studieren, wenn sie eine Beamtenlaufbahn anstreben. Die Teilnehmenden merkten an, dass gerade die größere Rechtssicherheit und die bessere Planbarkeit durch den Wegfall des Anerkennungsverfahrens dazu führen könnte, dass sich mehr junge Menschen, die Beamtin oder Beamter werden möchten, dazu entscheiden in Thüringen zu studieren.
- Auch die Vereinfachung der Anerkennung der Abschlüsse in anderen Bundesländern und somit der leichtere Wechsel könnte aus Sicht einiger Teilnehmenden dazu führen, dass mehr junge Menschen in Thüringen einen solchen Abschluss anstreben würden.

#### Volle Studiengänge und schlechtere fachliche Vorbereitung

- Es wurde von einzelnen Teilnehmenden jedoch die Sorge geäußert, dass dies bei bestimmten Studiengängen dazu führen könnte, dass ein erhöhter Andrang entsteht, der sich gegebenenfalls nachteilig auf die Lernsituation auswirken könnte oder dazu führen könnte, dass einige Interessierte keinen Studienplatz bekommen können.

- Einzelne Teilnehmende äußerten sich dahingehend, dass durch den Wegfall des Anerkennungsverfahrens weniger sichergestellt sein könnte, dass junge Menschen, die ihre Laufbahnbefähigung im Rahmen eines Bildungs- oder Studienganges erhalten haben tatsächlich dieselbe fachliche Qualität haben, wie Beamtinnen und Beamten die einen Vorbereitungsdienst durchlaufen haben.

### **Veränderung der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen**

Die Teilnehmenden hatten zum Teil unterschiedliche Ansichten zu den möglichen Auswirkungen der geplanten Ausbildungskostenerstattung auf die Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen für junge Menschen im öffentlichen Dienst.

#### **Verbesserung der Ausbildungsbedingungen und mehr Ausbildungsmöglichkeiten**

- Einige Teilnehmende haben hervorgehoben, dass die Kostenerstattung zu besseren Ausbildungsbedingungen für junge Menschen im Vorbereitungsdienst führen könnten. Denn durch den Ausgleich der Kosten bei einem Wechsel, wäre es für Dienstherrn weniger „gefährlich“ in die Ausbildung von jungen Beamtinnen und Beamten zu investieren, da sie nicht mehr befürchten, auf ihren Kosten sitzen zu bleiben. Deshalb könnten Dienstherrn in Zukunft mehr Ressourcen in die Ausbildung stecken.
- Viele Teilnehmende gingen davon aus, dass die Ausbildungskostenerstattung zu mehr Ausbildungsplätzen für junge Menschen führen könnten. Wenn ausbildende Dienstherrn eine höhere Sicherheit hätten, dass ihre Investitionen nicht verloren ginge, würden sie mehr Ausbildungsplätze schaffen. Damit könne sich für interessierte junge Menschen die Chance erhöhen, einen derartigen Ausbildungsplatz zu erhalten.

#### **Verschlechterung der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen**

- Auf der anderen Seite äußerten einige Teilnehmende, dass die erstattungsberechtigten Dienstherrn weniger darum bemüht sein könnten junge Beamtinnen und Beamten von einem Wechsel abzuhalten oder eine angenehme Arbeitsatmosphäre für sie zu schaffen, weil sie bei einem Wechsel der jungen Menschen eine finanzielle Entschädigung erhalten würden.
- In diesem Zusammenhang haben einzelne Teilnehmende die Befürchtung geäußert, dass die Ausbildungskostenerstattung zu einem höheren Leistungsdruck für junge Beamtinnen und Beamtinnen führen könnte, die dennoch einen Dienstherrnwechsel durchführen. Die jungen Menschen sahen die Gefahr, dass sich wechselnde Personen in Zukunft unter Druck gesetzt fühlen könnten eine höhere Leistung zu erzielen, um die Kostenerstattung wieder reinzubekommen. Dies könnte zu Stress für die gewechselten jungen Menschen führen.

„Behörden könnten einen rausmobben.“



## Weniger Wechselmöglichkeiten für junge Beamtinnen und Beamten

- Viele Teilnehmende gaben zu bedenken, dass junge Beamtinnen und Beamten während des Vorbereitungsdienstes und in den ersten fünf Jahren nach der Ernennung ins Probebeamtenverhältnis durch die geplante Ausbildungskostenerstattung weniger Möglichkeiten haben könnten ihren Dienstherrn zu wechseln. Aus Sicht der jungen Menschen könnten Dienstherrn es aufgrund der geplanten Zahlungspflicht vermeiden junge wechselwillige Beamtinnen und Beamten aufzunehmen. Somit könnten sich für sie die Möglichkeiten reduzieren innerhalb Thüringens einen Wechsel durchzuführen. Manche jungen Menschen haben diese Bedenken spezifisch in Bezug auf junge Beamtinnen und Beamten des gehobenen und höheren Dienst geäußert, da für diese ein höherer Erstattungsbetrag zu zahlen wäre.

„Es ist bestimmt schön, wenn man mal was anderes macht. Aber es wird unattraktiver junge Beamte zu übernehmen.“

## Anmerkungen und Fragen junger Menschen

Neben den oben aufgezeigten Einschätzungen, haben sich die Teilnehmenden auch über den konkreten Gesetzesentwurf und den konkreten jugendrelevanten Änderungen zu Themen in diesem Zusammenhang geäußert.

### Gedanken junger Menschen zum Beamtentum und dazu, wie dessen Image verbessert werden könnte

- Viele Teilnehmende äußerten, dass sie bei Beamtinnen und Beamten in erster Linie an Menschen denken würden, die am Schreibtisch arbeiteten und nicht z.B. an Personen bei der Polizei, Feuerwehr oder Schulen. Zudem äußerten einige, dass es leider viele Klischees über Beamtinnen und Beamten und den öffentlichen Dienst gäbe.
- Die Teilnehmenden äußerten vielfältige Ideen dazu, wie das Image von Tätigkeiten im öffentlichen Dienst verbessert werden könnte. So wünschten sich viele Teilnehmende mehr Informationen und Aufklärung zu Tätigkeiten beim Staat und spezifisch von Beamtinnen und Beamten. Hierzu wurden insbesondere Informationsveranstaltungen an Schulen angesprochen. Darüber hinaus haben verschiedene junge Menschen die Meinung geäußert, dass weniger Bürokratie, ein besseres Gehalt, mehr Digitalisierung, mehr kreative und praktische Arbeit, flexiblerer Arbeitsbedingungen bzw. mehr und leichtere Wechselmöglichkeiten zwischen Tätigkeiten eine Arbeit im öffentlichen Dienst für junge Menschen attraktiver machen könnte.

„Man sollte in den Schulabschlussjahren mehr vorstellen, was so in den Ämtern gemacht wird.“

### Situation finanzschwacher Dienstherrn

- Einige Teilnehmende äußerten die Befürchtung, dass finanzschwächere Dienstherrn, insb. kleinere Gemeinden, Probleme bekommen könnten, ausreichend junge Beamtinnen und Beamten zu erhalten. Die geäußerte Befürchtung war, dass diese Dienstherrn weder das Geld haben mehr Ausbildungskapazitäten zu schaffen, noch die Ausbildungskostenerstattung bezahlen zu können.
- Eine teilnehmende Person führte jedoch an, dass die Pauschalierung der Ausbildungskosten im Rahmen der geplanten Ausbildungskostenerstattung sicherstellt, dass es für kleinere oder

finanzschwächere Dienstherrn nicht teurer wäre, besonders gute junge Beamtinnen und Beamten im Rahmen eines Dienstherrnwechsels anzuwerben, da für diese keine höhere Erstattung fällig wird.

### Wunsch nach weiteren Erleichterungen beim Einstieg in eine Beamtenlaufbahn

- Einige Teilnehmende wünschten sich über den Gesetzentwurf hinaus leichtere Einstiegsmöglichkeiten in Beamtenlaufbahnen. So regten einzelne Teilnehmende eine Absenkung von Anforderungen zum Einstieg an. Einzelne junge Menschen haben sich auch mehr Möglichkeiten zu Praktika im öffentlichen Dienst gewünscht, z.B. mit der Option sich diese für einen späteren Vorbereitungsdienst anerkennen zu lassen. Zudem äußerten Einzelne, dass der Quereinstieg erleichtert werden sollte.
- In diesem Zusammenhang merkten einige Teilnehmende an, dass sie es wichtig finden würden, dass Studien- und Bildungsgänge, beispielsweise im Bildungsbereich, auch nachträglich leichter anerkannt werden könnten und man hier ebenfalls leichter in ein Beamtenverhältnis wechseln können sollte. In diesem Zusammenhang wurde auch auf Schwierigkeiten bei der Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Studienabschlüssen verwiesen.
- Zudem wurde geäußert, dass sich durch die wegfallende Einzelfallprüfung nur den Zugang zur Beamtenlaufbahn für Personen mit Bildungs- oder Studienabschluss erleichtert. Die Teilnehmenden merkten an, dass es auch Erleichterungen für Personen geben sollte, die einen niedrigeren Bildungsabschluss anstreben oder bereits erworben haben.

„Es wäre gut, wenn es mehr Praktika für den öffentlichen Dienst gäbe, die man sich vielleicht anrechnen lassen kann.“

### Dienstherrnwechsel über Bundeslandgrenzen hinweg

- Einige Teilnehmende hatten Fragen zu einem möglichen Dienstherrnwechsel junger Menschen über Bundesländergrenzen hinweg. So fragten sie sich, ob es möglich sei auch für solche Fälle eine Ausbildungskostenerstattung einzurichten, bei der es zu einem finanziellen Ausgleich zwischen Dienstherrn in verschiedenen Bundesländern kommen würde.

## Methodischer Hintergrund

Die hier dargestellten erwarteten Folgen sind das Ergebnis einer eintägigen Partizipationsveranstaltung mit 29 jungen Thüringerinnen und Thüringern am 10. September 2023. Dabei setzten sich die jungen Teilnehmenden mit zwei jugendrelevanten Folgen des o.g. Gesetzentwurfs (mit der geplanten Einführung einer Ausbildungskostenerstattung sowie dem geplanten Wegfall des Anerkennungsverfahrens zum Erhalt der Laufbahnbefähigung durch bestimmte Bildungs- oder Studienabschlüsse) auseinander und sammelten mögliche Folgen desselben auf ihre Lebenswelten. Die Teilnehmenden sind Teil eines Pools junger Menschen, welche mittels geschichteter Zufallsstichprobe zur Teilnahme am Jugend-Check eingeladen wurden. Die zustande gekommene Gruppe ist nicht repräsentativ für alle jungen Menschen in Thüringen.